
Für Sachsen.

**Positionen und Vorschläge
der sächsischen Wirtschaft
im Wahljahr 2019**

Vorwort

Der Freistaat Sachsen hat sich in den letzten Jahren gut entwickelt. Die Wirtschaft wächst solide, die Beschäftigung erreicht aktuell den höchsten Stand seit 1991 und auch die Einkommen steigen. Und dennoch sind die wirtschaftsstrukturellen Herausforderungen weiterhin groß.

Die Produktivität ist – wegen der Kleinteiligkeit unserer Wirtschaft und nicht wegen mangelnden Fleißes – rund ein Fünftel niedriger als im Bundesschnitt. Das spiegelt sich zwangsläufig auch in den erzielbaren Einkommen wider. Gleichzeitig stellen uns zahlreiche Krisen und Konflikte, aber auch die gewachsene Leistungsfähigkeit vieler Volkswirtschaften in Asien oder Osteuropa vor beständig neue politische, gesellschaftliche und wirtschaftliche Herausforderungen.

Alle wollen, dass sich die positive Entwicklung des Freistaats fortsetzt, um unseren Wohlstand und gesellschaftliche Perspektiven zu bewahren sowie den Bürgern eine sichere und lebenswerte Heimat zu geben. Dies geht nur mit einer prosperierenden Wirtschaft im gesamten Freistaat, nicht nur in den Zentren Chemnitz, Dresden und Leipzig.

Nach fast drei Jahrzehnten großzügiger Förderung für so Viele – auch in der Wirtschaft – geht diese mit dem Ende des Solidarpakts II in diesem Jahr völlig berechtigt zu Ende. Ihr muss nun eine Phase kluger Rahmensetzung durch den Staat folgen, legitimiert durch eine breite Mehrheit der sächsischen Bevölkerung in der nächsten Landtagswahl.

Das wird aber nur mit einer durchsetzungsstarken Politik gelingen, die mit konsequentem Handeln und nachhaltigen Anstrengungen ihre Kernaufgaben in Sicherheit, Bildung und Infrastruktur erfüllt und mit einer vernünftigen Gesetzgebung Eigenverantwortung und Leistungsbereitschaft jedes Einzelnen belohnt und den Schwachen hilft, ihren Platz in der Gesellschaft zu finden. Die gute finanzielle Situation des Freistaates Sachsen bietet die Voraussetzung, gesellschaftlich notwendige Investitionen für unser aller Zukunft entschlossen anzugehen.

Im Ergebnis vieler Diskussionen ist dieses Positionspapier entstanden, mit dem die sächsische Wirtschaft ihren Beitrag zum gesellschaftlichen Dialog im Vorfeld der Wahlen des Jahres 2019 leisten möchte, ohne Anspruch auf Vollständigkeit zu erheben.

Wir wünschen Ihnen eine inspirierende Lektüre und stehen Ihnen für einen Austausch gern zur Verfügung.

Dresden, im Januar 2019



Dr. Jörg Brückner
Präsident



Dr. Andreas Winkler
Mitglied des Präsidiums und Hauptgeschäftsführer

Bildung

Sachsens Fachkräfte haben weit über die Landesgrenzen hinaus einen guten Ruf. Eine hochwertige Bildung ist für die gesamte Gesellschaft die entscheidende Voraussetzung, um den erreichten Wohlstand auch in Zukunft sichern zu können. Für den Einzelnen bietet sie die Grundlage für ein selbstbestimmtes und erfülltes Leben.

Auch aus Sicht der Wirtschaft steht die Bildung ganz weit oben auf der Liste, der durch den Staat zu erfüllenden Aufgaben. Denn trotz umfassender Digitalisierung, Robotik und Automatisierungstechnik bleibt der Mensch der zentrale Akteur wirtschaftlichen Handelns. Es ist deshalb sehr wichtig, welche Akzente zukünftig für alle Bereiche – von der frühkindlichen Bildung über die Schule und Berufsschule bis zur Weiterbildung – in Sachsen gesetzt werden.

Frühkindliche Bildung intensiver fördern

Bildung beginnt bereits vor der Schule. Die Kindertageseinrichtungen (Kitas) müssen daher nachhaltig als erste Stufe des sächsischen Bildungssystems entwickelt werden. Die natürliche Neugier der Kinder ist für eine spielerische Entwicklung von individuellen Fähigkeiten und Kompetenzen zu nutzen. Auf diese Weise werden die Grundlagen für eine Elementarbildung u. a. in den Bereichen Sprachkenntnisse, Bewegungs- und Musikerziehung gelegt. Frühkindliche Bildung bietet so gute Voraussetzungen, die Talente aller Kinder unabhängig von der sozialen Herkunft zu entfalten.

Sachsen verfügt im Bundesvergleich in allen Altersgruppen über eine überdurchschnittliche Betreuungsquote. Um diesen Vorsprung zu sichern, muss der Freistaat die Kommunen dabei unterstützen, flächendeckend einen generellen Anspruch auf eine wohnortnahe, ganztägige Kinderbetreuung garantieren zu können.

Neben der Quantität ist aber vor allem die Qualität der Betreuungsangebote weiter zu verbessern. Wir sehen einen besonderen Schwerpunkt beim pädagogischem Personal und meinen, dass Sachsen gerade in diesem Bereich für seine jüngsten Bürger ein hochwertiges Angebot schaffen muss und so auch im Wettbewerb mit anderen als attraktives Land punkten kann. Die eingeleitete Verbesserung des Personalschlüssels in den sächsischen Kitas kann dafür nur ein erster Schritt sein. Denn im Schnitt muss sich ein Betreuer in Sachsen noch immer um vier Kinder mehr als bundesweit kümmern. Eine weitere Absenkung des Personalschlüssels in Richtung des Bundesschnitts ist notwendig, um ein pädagogisch hochwertiges und flexibles Betreuungsangebot zu gewährleisten. Hierfür ist auch die pädagogische Aus- und Weiterbildung des Kita-Personals an die gewachsenen Berufsanforderungen anzupassen.

Neben der Ausrichtung der fachlichen Betreuung am internationalen Spitzenniveau sehen wir in einem landesweiten und flexiblen Angebot der Betreuung **den** Schwerpunkt für eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Die Betreuung der Kinder hat wohnortnah zu erfolgen – dort, wo die

Familien leben und die Betreuungszeiten müssen sich am Bedarf der Eltern orientieren, auch und gerade in Tagesrand- und Ferienzeiten. Dies – und keine Quoten – schafft zu allererst die Voraussetzungen, dass beide Elternteile im Beruf vorankommen können. Der dafür erforderliche Ausbau der Kitas – vor allem in personeller Hinsicht – ist aus unserer Sicht wichtiger, als die Erhöhung staatlicher Leistungen, wie Kindergeld, Kinderfreibetrag oder Betreuungsgeld.

VSW-Positionen:

- Kindertagesstätten als erste Stufe des sächsischen Bildungssystems konsequent am internationalen Spitzenniveau ausrichten und entsprechend investieren, vor allem in pädagogisches Personal
- Einheitliche Qualitätsstandards definieren und flächendeckend umsetzen
- Wohnortnahe Betreuung mit ausreichenden Öffnungszeiten – dem Bedarf der Familien entsprechend

Das sächsische Schulsystem am internationalen Spitzenniveau orientieren

Der Freistaat Sachsen verfügt im deutschlandweiten Vergleich über ein gutes Bildungssystem, wie die kontinuierlichen Spitzenplätze im Bildungsmonitor regelmäßig bestätigen. Aber das darf kein Grund für Selbstzufriedenheit sein, denn auch in Sachsens Bildungssystem gibt es Schwächen, wie z. B. die hohe Schulabbrecherquote. Vielmehr jedoch muss der im internationalen Vergleich erreichte Platz im Mittelfeld nachdenklich stimmen.

Es ist die Aufgabe der Wirtschaft, darauf hinzuweisen, dass der internationale Wettbewerb nicht nur über Kosten z. B. für Energie und Arbeit geführt wird, sondern zunehmend über Innovationen. Die hohe Priorität der mathematischen, technischen und naturwissenschaftlichen Fächer (MINT) im sächsischen Bildungssystem ist deshalb beizubehalten. Kürzungen in der Stundentafel lehnen wir ab.

Investitionen in die Schulausstattung und -gebäude, aber vor allem in die digitale Infrastruktur müssen aus unserer Sicht in der kommenden Legislatur an herausragender Stelle der Landespolitik zu finden sein.

Dazu gehört auch die Gewinnung bzw. Weiterbildung einer ausreichenden Anzahl von Pädagogen in den entsprechenden Fachkombinationen. Um dieses Problem zu lösen, sehen wir u. a. folgende Schwerpunkte:

- am Bedarf nach Fächern und Schularten orientierte Lehrerausbildung,
- Reduzierung der Studienzeiten für Lehramtsstudenten,
- Anreize zur Umwandlung von Teilzeit- in Vollzeitstellen,
- Gewinnung von in der Verwaltung tätigen Pädagogen für die Schulen.

Besondere Wertschätzung müssen die Oberschulen bekommen – vor allem über das erforderliche pädagogische Personal, interessante Bildungsangebote und eine moderne Ausstattung. An den Oberschulen wird Sachsens zukünftige Praxiselite ausgebildet, jene Facharbeiter, Techniker und Meister, die auch in Zeiten der Digitalisierung Produkte herstellen und Dienstleistungen anbieten, die die Gesellschaft braucht.

Von Schulexperimenten halten wir nichts, weil mögliche Effekte erst in vielen Jahren zu sehen sein werden und mögliche Korrekturen dann wiederum lange dauern. Das gegliederte Schulsystem – mit einer hohen Durchlässigkeit auch für Spätstarter - soll aus unserer Sicht erhalten bleiben.

Die Hortbetreuung muss verbessert und wieder stärker als Teil des sächsischen Bildungssystems entwickelt werden. Es geht nicht um eine Aufbewahrung der Kinder, bis sie von ihren Eltern abgeholt werden, sondern um eine altersgerechte Betreuung: angefangen bei der Schulspeisung über Hausaufgaben-Begleitung, Nachhilfe und einem Freizeitangebot.

Investitionen in diesen Bereich kommen allen Kindern direkt zugute, fördern ihre Bildungs- und späteren Aufstiegschancen und leisten einen wichtigen Beitrag zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Wir sind der Auffassung, dass die gute finanzielle Situation Sachsens hier eine sichtbare Verstärkung der Maßnahmen ermöglicht.

Wichtig für alle Jugendlichen ist ein gutes Angebot zur Berufsorientierung, das neben den Oberschulen auch an den Gymnasien umgesetzt werden muss. So lässt sich die sehr hohe Quote an Studienabbrechern reduzieren und Enttäuschungen vermeiden. Die Wirtschaft ist über die SCHULE-WIRTSCHAFT dabei gern Partner. An den Schulen bedarf es eines verbindlichen Ansprechpartners, vorzugsweise einen Vertreter aus der Schulleitung.

VSW-Positionen:

- Ausrichtung des sächsischen Schulsystems am internationalen Spitzenniveau mit entsprechenden Investitionen in Schulausstattung, digitale Infrastruktur und pädagogisches Personal mit besonderem Augenmerk auf die Oberschule
- Beibehaltung der hohen Priorität bei den MINT-Fächern – keine Kürzung der Stundentafel
- Verbesserung der Betreuungsmöglichkeiten in den Schulorten über eine entsprechende Personalausstattung, vor allem im pädagogischen Bereich
- Ausbau der Berufsorientierung, insbesondere an den Gymnasien, um der hohen Zahl an Studienabbrüchen entgegen zu wirken

Aus- und Weiterbildung

Flächendeckend eine gute Berufsschulversorgung sicherstellen

Die duale Ausbildung ist eine zentrale Säule unseres Bildungs- und Beschäftigungssystems. Hier wird die künftige Praxiselite ausgebildet, die gute Beschäftigungsperspektiven hat und in den Unternehmen die Produkte und Dienstleistungen herstellt, die von den Kunden gefragt sind.

Die sächsische Wirtschaft braucht moderne Berufsschulen als verlässliche Partner bei der Ausbildung der Fachkräfte in allen Regionen des Freistaates. Dies erfordert die ständige Anpassung an neue technologische Entwicklungen, die die Berufsbilder immer wieder deutlich verändern. Die Unternehmen leisten ihren Beitrag nicht nur mit der praktischen Ausbildung, sondern auch über ihre Fachverbände bei der Novellierung der Berufsbilder.

Für diesen wichtigen Bereich des sächsischen Bildungssystems sehen wir folgende Schwerpunkte:

- Sicherstellung einer flächendeckend guten Berufsschulstruktur als staatliche Aufgabe –
- insbesondere für die Landkreise, in denen zwei Drittel aller Unternehmen der sächsischen Wirtschaft mit 60 Prozent der Arbeitsplätze ansässig sind,
- zumutbare Wege vom Ausbildungsbetrieb bzw. Wohnort der Auszubildenden zur Berufsschule.

Das erfordert beständige Investitionen in die Berufsschulen – auch an dieser Stelle vor allem in das Ausbildungspersonal, aber auch moderne Lehrkabinette. Für die richtige Bemessung von Anzahl und Ort der Berufsschulen erwarten wir – ausgehend von einer realistischen Bestandsaufnahme und Aufgabendefinition – ein Konzept der Staatsregierung, das:

- den vor allem kleinen und mittelständischen Unternehmen im gesamten Land die Möglichkeit gibt, Fachkräfte auszubilden und dauerhaft für sich zu gewinnen
- und auch in diesem Bereich den Familien gerecht wird. Jugendliche und junge Erwachsene können beim Berufsschulweg stärker gefordert werden, aber auch dort gibt es Grenzen der Zumutbarkeit und der Angemessenheit.

Bis dahin darf es keine Verschlechterung des Angebotes geben.

Wichtig für die Auszubildenden und ihre Unternehmen ist nicht zuletzt ein verlässlicher öffentlicher Personennahverkehr zu akzeptablen Konditionen. Wir erwarten von der Staatsregierung ein kostengünstiges sachsenweites Angebot auch für die Auszubildenden, analog zu dem, das Studenten ermöglicht wird.

Weiterbildungsscheck für alle Arbeitnehmer öffnen

Wissen und Kompetenzen müssen kontinuierlich an technologische und gesellschaftliche Veränderungen, wissenschaftliche Entwicklungen, zunehmende Digitalisierung und Internationalisierung angepasst werden. Aus unserer Sicht sollte deshalb die Bereitschaft der Arbeitnehmer, sich beruflich weiter zu bilden, noch konsequenter als bisher unterstützt werden.

Die Weiterbildung von Arbeitnehmern sollte am besten durch eine direkte finanzielle Unterstützung gefördert werden. Ein Weiterbildungsfreistellungsgesetz ist unnötig.

Der auf der Grundlage des Europäischen Sozialfonds (ESF) in Sachsen seit Jahren erfolgreich eingesetzte Weiterbildungsscheck soll für alle Arbeitnehmer – gleich ob Facharbeiter, Krankenschwester oder Ingenieur – geöffnet werden:

- da es angesichts der technologischen Herausforderungen keine Beschäftigtengruppe gibt, die auf eine berufsbegleitende Weiterbildung verzichten kann,
- da alle Arbeitnehmer, auch diejenigen oberhalb der bisherigen Grenzen, mit ihren Steuern die EU-Fonds wesentlich mitfinanzieren.

Die bisher bestehende Einkommensgrenze von 2.900 EUR pro Monat für eine Förderung soll dafür für alle Arbeitnehmer bis zur Beitragsbemessungsgrenze der gesetzlichen Krankenversicherung angehoben werden.

Weiterbildung braucht auch Zeit, ohne Frage. In vielen Fällen gibt es individuelle oder kollektivrechtliche Vereinbarungen, die diese Frage lösen. Angesichts der deutlich gesunkenen Jahresarbeitsstunden-Zahl durch verlängerten Urlaub, Feiertage und verschiedenster Freistellungsmöglichkeiten lehnen wir die Einführung eines pauschalen Weiterbildungsurlaubs in Sachsen ab. Eine Ausnahmeregelung ist allenfalls dort gerechtfertigt, wo ein Arbeitnehmer nur Anspruch auf den gesetzlichen Mindesturlaub hat. Diese Arbeitnehmer sollten im Weiterbildungsscheck zusätzlich die Möglichkeit erhalten, sich den entstehenden Arbeitsausfall fördern zu lassen.

VSW-Positionen:

- Sicherstellung einer flächendeckend guten Berufsschulstruktur insbesondere für die Landkreise
- Unterstützung der Mobilität von Auszubildenden durch vergünstigte ÖPNV-Nutzung
- Weiterbildung durch direkte finanzielle Unterstützung fördern – Weiterbildungsscheck für alle Arbeitnehmer öffnen

Infrastruktur

Verkehrsinfrastruktur zügig und zukunftsfest weiterentwickeln

Trotz einer guten Entwicklung in den letzten Jahren – bei Straßen, Schienen und Leitungen aller Art – steht unser Land vor neuen Herausforderungen in diesem Kernbereich staatlichen Handelns:

- Obwohl Sachsen im Herzen Europas liegt und die am dichtesten besiedelte und industrialisierte Region in den neuen Bundesländern ist, sind die überregionale Erreichbarkeit und die Reisezeiten weiterhin unzureichend.
- Zudem überschreitet das steigende Verkehrsaufkommen bereits jetzt an einigen wichtigen Stellen die Prognosen für 2025.
- Nicht zuletzt aus Sicht der Wirtschaft besteht dringender Handlungsbedarf: unser Land benötigt noch immer weitere Investitionen; einerseits durch die inländisch ansässigen Unternehmen, aber auch durch Investoren, die noch gewonnen werden müssen.

Deshalb braucht Sachsen dringend beschleunigte und vorausschauende Investitionen in die Infrastruktur. Nach den stürmischen 90er Jahren, als Vieles in kurzer Zeit entstand, haben die Bürokratie, die ewigen Abstimmungen und das Verschieben von Verantwortung nun auch unser Land erfasst. Anders kann man das Desaster um die Schienenfernverbindung Chemnitz-Leipzig oder die fehlende Fertigstellung der B 178 nicht bewerten.

Sachsen war einmal mustergültig in der Vorbereitung von großen Investitionsvorhaben, als viele fertig geplante Projekte bereit lagen und immer wieder bevorzugt finanziert werden konnten. Dieser fehlende Planungsvorlauf und die Rangelei um Kompetenzen sind heute die größten Bremsen zügiger Fortschritte.

Die ganz zentrale Erwartung der sächsischen Wirtschaft lautet deshalb auch: Sachsen muss von der Politik der immer wiederkehrenden Studien und Ankündigungen endlich zu den dringend notwendigen Umsetzungen kommen. Die Wiederherstellung des Planungsvorlaufs ist dafür die wichtigste Voraussetzung, ergänzt um den energischen Einsatz der Staatsregierung beim Bund und ggf. der EU.

Schieneinfrastruktur

Eine Verbesserung der Schieneinfrastruktur für den Personen- und Güterverkehr bedarf des konsequenten Handelns der Staatsregierung bei den wichtigsten Vorhaben:

- Die Region Südwestsachsen muss schnellstens einen Schienenfernverkehrsanschluss erhalten. Laut aktuellem Sachstand droht dem Vorhaben allerdings das Abstellgleis - sowohl der Streckenverlauf und -ausbau sowie der geplante Zeithorizont sind für dieses wichtige Projekt absolut inakzeptabel. Mit einer Kriegsreparation seit über 70 Jahren belastet, wird noch immer über den

zweigleisigen Wiederaufbau diskutiert und dies gegenüber einer Region, die das industrielle Herz des Freistaates ist. Wir erwarten, dass die schnellste Strecke zukunftsfähig ausgebaut wird. Das Thema muss endlich ernsthaft vorangebracht und realisiert werden – notfalls mit weiteren sächsischen Vorleistungen gegenüber dem Bund.

- Gemeinsam mit Bayern und Thüringen sind die Elektrifizierungslücken auf der Mitte-Deutschland-Verbindung und der Sachsen-Franken-Magistrale zügig zu schließen.
- Auch die Strecken Dresden-Görlitz, Görlitz-Cottbus und Plauen-Cheb als zweite wichtige Güterverkehrslinie in Richtung Tschechien sind durchgehend zu elektrifizieren.
- Die Landesverkehrsprognose 2025 ist angesichts überholter Realitäten bei Bevölkerung, Wirtschaft und Verkehrsaufkommen vor allem nach Polen und Tschechien rasch zu überarbeiten. Dabei sollten alle für Sachsen relevanten Bahnprojekte von einem verkürzten Verwaltungsgerichtsverfahren eines zukünftigen Planungsbeschleunigungsgesetzes profitieren.
- Wir unterstützen die Pläne einer Hochgeschwindigkeitsverbindung nach Prag – auch sie ist überfällig. Diese Strecke kann jedoch ebenso wenig ein Ersatz für den fehlenden Ausbau im Südwesten Sachsens sein, wie auch ein Ausbau von Cottbus-Görlitz keine Kompensation für den Kohleausstieg ist.

Großraum- und Schwertransporte

Die sächsische Industrie stellt neben sehr kleinen Produkten, wie z. B. einem Mikrochip, auch große Produkte her, wie z. B. Turbinen, Trafos oder Stahlbrücken. Da ein landesweites, akzeptables Güterbahn-Angebot fehlt, braucht die Wirtschaft eine schnelle und deutliche Verbesserung bei der Genehmigung und Durchführung von Spezialtransporten:

- vor allem schnellere Genehmigungsverfahren,
 - verlässliche Verkehrskorridore und
 - eine bessere länderübergreifende Koordination.
- Weil viele Transporte in Industriezentren, wie das Rheinland/Ruhrgebiet, Süddeutschland oder zu Seehäfen gehen, erwarten wir von der Staatsregierung eine Bundesratsinitiative, um die Kleinstaaterei innerhalb Deutschlands zügig zu beenden.

Straßeninfrastruktur

Ein seit vielen Jahren benanntes Ziel ist noch immer nicht erreicht: sämtliche Regionen Sachsens sollen innerhalb von 30 Minuten Fahrzeit Anschluss an die Autobahn haben.

Sachsens Wirtschaft exportiert in über 200 Länder der Erde. Diese Exportgüter kommen nicht nur aus den Zentren Chemnitz, Dresden und Leipzig, sondern aus dem ganzen Freistaat. Eine gute Straßeninfrastruktur hilft der gesamten Gesellschaft und ist speziell für die Wirtschaft eine gute Exportförderung.

Der ländliche Raum braucht endlich die entschlossene Fertigstellung begonnener Projekte, wie:

- der Ausbau der B 178/n in der Oberlausitz nach fast 30 Jahren,
- die Aufnahme der B 87/n in Nordsachsen in den vordringlichen Bedarf des aktuellen Bundesverkehrswegeplans und deren Realisierung sowie
- ein Gesamtkonzept für die Ertüchtigung der B 101.

Der drohenden Überlastung von Autobahnabschnitten ist entgegen zu wirken:

- durch einen achtspurigen Ausbau der A 4 zwischen Nossen und Dresden,
- den sechsspurigen Ausbau der A 4 zwischen Dresden und Görlitz sowie
- den sechsspurigen Ausbau der A 72 zwischen Chemnitz und der A 9 in Bayern,
- eine verbesserte Projektplanung und deren Abwicklung bei Sanierungsarbeiten, damit sich das mehrmonatige Verkehrschaos z. B. auf der A 4 wie in 2018 nicht wiederholt,
- Überholverbot für LKW ab 12 t auf allen zweispurigen Autobahnabschnitten.

VSW-Positionen:

- Region Südwestsachsen mit schnellster Strecke und akzeptablem Zeitplan an Schienenfernverkehr anbinden, Elektrifizierungslücken schließen
- Aktualisierung der Landesverkehrsprognose, Beschleunigung der Planungsverfahren
- Durchführung von Großraum- und Schwertransporten erleichtern
- Innerhalb von 30 Minuten erreichbarer Autobahnanschluss

Digitalisierung

Flächendeckend leistungsfähige infrastrukturelle Voraussetzungen schaffen

Digitale Technologien sind der wesentliche globale Wachstumstreiber. Ohne eine flächendeckend leistungsfähige drahtlose und kabelgebundene Dateninfrastruktur verliert Sachsen im wahrsten Sinne des Wortes den Anschluss. Der aktuell noch immer gegenüber vielen europäischen und vor allem asiatischen Ländern bestehende signifikante Rückstand beim landesweiten Ausbau dieser neuen Grundlagen-Technologie ist beschämend. Das Zusammenwirken von Bund und Ländern ist oftmals ein Nebeneinander und muss schnellstens beseitigt werden.

Eine wettbewerbsfähige Dateninfrastruktur erfordert die Verfügbarkeit hochleistungsfähiger Gigabit-Netze für alle Unternehmen, private Haushalte und entlang der Verkehrswege. Dabei muss klar sein, dass Industrieanwendungen hohe Anforderungen an die Netze stellen, die über die reine Download-Geschwindigkeit hinausgehen (garantierte Quality of Service).

Hierfür muss die Industrie auch eigene lokale 5G-Netze aufbauen können. In der anstehenden Vergabe von 5G-Frequenzen müssen daher lokale industrielle Anwendungen und ein schneller flächendeckender Ausbau einer leistungsfähigen digitalen Infrastruktur das Ziel sein - und nicht der höchstmögliche Erlös für den Staat.

Um den Ausbau zu erleichtern, muss die Verwaltungspraxis die technologischen Entwicklungen, den Ausbaubedarf und den personellen Mehrbedarf in Genehmigungsbehörden berücksichtigen. Langwierige, aufwändige Antrags- und Genehmigungsprozesse auf kommunaler Ebene für Wegerechte, Standorte und Baustellen müssen vereinfacht und standardisiert werden.

Oberirdische Kabelverlegung und alternative Verlegetechniken können den Ausbau ebenso beschleunigen. Die bestehende Beratungsstelle des Freistaates muss die Kommunen qualifiziert bei Förderung und Ausbau begleiten.

Die Digitale Offensive Sachsen zum Ausbau der digitalen Infrastruktur in „Weißen Flecken“ ist fortzusetzen. Dabei sind die Synergieeffekte zwischen Bundes- und Landesförderung zu nutzen und auch Gewerbegebiete im ländlichen Raum zu berücksichtigen.

Bei der Umsetzung verschiedener Förderrichtlinien stehen die Kommunen vor komplexen Problemen. Daher halten wir es für erforderlich, die bestehende Förderung über ein direktes und nachfrageorientiertes Instrument einer Breitband-Prämie für mittelständische Firmen und Hauseigentümer im ländlichen Raum zu ergänzen.

VSW-Positionen:

- Lokale 5G-Netze und flächendeckend leistungsfähige Dateninfrastruktur ermöglichen, statt höchstmögliche Auktionserlöse für den Staat
- Antrags- und Genehmigungsprozesse beim Ausbau vereinfachen und alternative Verlegungstechniken erleichtern
- Breitbandförderung des Freistaates zur Beseitigung „Weißer Flecken“ fortsetzen
- Ländlichen Raum und Mittelstand bei Glasfaseranschlüssen direkt und nachfrageorientiert über Breitband-Prämie unterstützen

Steuern und Abgaben

Deckelung der Sozialbeiträge bei 40 Prozent

Wirtschaftliches Wachstum und ein hoher Beschäftigungsgrad sind die entscheidenden Voraussetzungen dafür, unser soziales Netz stabil zu halten. Beide sind ganz wesentlich von der Entwicklung der Arbeitskosten abhängig, die in Deutschland im europäischen Vergleich bereits überdurchschnittlich hoch sind.

Wir wollen, dass Arbeit in Deutschland und Sachsen auch in Zukunft bezahlbar bleibt. Um dies zu erreichen, müssen die Sozialbeiträge bei höchstens 40 Prozent des Bruttoarbeitslohns gedeckelt werden, und zwar am besten durch ein Gesetz.

Abschaffung des Solidaritätszuschlags

Seit seiner Einführung 1991 fließt der Solidaritätszuschlag (Soli) in den allgemeinen Bundeshaushalt, während die besonderen Zuführungen in den Aufbau Ost schrittweise reduziert wurden. Wir akzeptieren dies und auch das Auslaufen des Solidarpaktes II Ende 2019. Nun muss eine besonders vernünftige Rahmensetzung durch den Bund erfolgen, um wirtschaftliches Wachstum und gesellschaftlich wünschenswerte Investitionen anzuregen.

Die Steuerzahler des Landes – Arbeitnehmer und Unternehmen – haben drei Jahrzehnte diese allgemeine Sondersteuer aufgebracht. Nun ist es an der Zeit, alle Leistungsträger – auch die Unternehmen – an den steigenden Einnahmen zu beteiligen und parallel zum Auslaufen des Solidarpaktes II den Solidaritätszuschlag für alle Steuerzahler vollständig abzuschaffen.

Unsere Mitarbeiter bekommen einen höheren Netto-Anteil ihres Einkommens und die Unternehmen können aus dem ersparten Anteil Investitionen tätigen. Dafür besteht in Sachsen auch in 2019 ein großer Bedarf, nachdem die Investitionen in der Wirtschaft seit 2011 rückläufig sind.

Mehr Netto vom Brutto für die Arbeitnehmer

Die Bundespolitik muss die kalte Progression konsequent beseitigen, indem der Einkommenssteuertarif automatisch mit den jährlichen durchschnittlichen Lohnzuwächsen angepasst wird. Vom laufenden Aufschwung hat der Staat überdurchschnittlich profitiert, weil die steigenden Löhne und Gehälter aufgrund zunehmender Steuersätze mit einer schleichenden Steuer mehrbelastung einhergehen. Das ist nicht nur unfair den Menschen gegenüber, die den Wohlstand erwirtschaften. Dieses System ist schlicht leistungsfeindlich und behindert gerade Sachsen, das sich im weiteren Aufholprozess befindet.

Wir erwarten von der Staatsregierung entsprechende Aktivitäten, d. h. die Unterstützung für vorliegende Bundesratsinitiativen bzw. das Einbringen eigener Anträge.

Rekordbelastung bei der Gewerbesteuer reduzieren

Attraktive Bedingungen für Unternehmen und Arbeitnehmer fangen ganz konkret vor Ort an. Deshalb müssen Städte und Gemeinden, die gute Standortvoraussetzungen geschaffen haben, ihre Gewerbesteuereinnahmen auch effektiv behalten können und dürfen nicht durch die Kürzung von Zuweisungen an anderen Stellen bestraft werden.

In Sachsen führt der Nivellierungshebesatz des Finanzausgleichsgesetzes zu einer Rekordbelastung bei der Gewerbesteuer und ist umgehend zu beseitigen. Die überdurchschnittlichen Hebesätze schrecken nicht nur Neuansiedlungen ab, sie behindern vor allem den sächsischen Mittelstand, der für Investitionen und Innovationen für zukunftsfeste Arbeitsplätze Eigenkapital braucht.

VSW-Positionen:

- Dauerhafte Festschreibung der Sozialversicherungsbeiträge auf unter 40 Prozent
- Sofortige und vollständige Abschaffung des Solidaritätszuschlags
- Mehr Netto vom Brutto - Abschaffung der Kalten Progression
- Reduzierung der Rekordbelastung bei der Gewerbesteuer

Klima- und Energiepolitik

Klimaschutz global anpacken, Strompreisniveau senken, Versorgungssicherheit gewährleisten

Die sächsische Wirtschaft unterstützt die Bemühungen, Klimaveränderungen entschlossen entgegen zu wirken. Diese Aufgabe steht global und muss vor allem auf internationaler Ebene gelöst werden.

Umwelttechnik aus Sachsen kann dabei einen wichtigen Beitrag leisten, Emissionen in den vielen Kohlekraftwerken in der dritten Welt, in China oder Indien zurückzudrängen. Damit wäre dem Klima und der Entwicklung in diesen Ländern gedient.

Das Ziel der Staatengemeinschaft muss es sein, in einem ersten Schritt die zehn schmutzigsten Kohlekraftwerke mit Umwelttechnik zu ertüchtigen. Produkte und Leistungen aus Deutschland und Sachsen sollten dafür Bestandteil der Entwicklungspolitik Deutschlands werden.

Wir erwarten das entschlossene Eintreten der Staatsregierung für diese wichtige Aufgabe, die nicht zuletzt auch sächsische Arbeitsplätze schützt.

Sachsen braucht als Industrieregion eine verlässliche Energiepolitik, die Sicherheit, Bezahlbarkeit und Umweltverträglichkeit gleichermaßen im Blick behält. Vor allem bei wettbewerbsfähigen Energiepreisen ist dies nicht der Fall.

Die hiesigen Industriestrompreise liegen um mehr als 30 Prozent über dem EU-Durchschnitt. Zudem sind die Haushaltstrompreise die zweithöchsten in der Europäischen Union. Private und industrielle Verbraucher sitzen somit in einem Boot. Deshalb braucht es dringend eine Reform der staatlich induzierten Kostenbestandteile. Sie sind für über 50 Prozent der Stromkosten verantwortlich.

Die Staatsregierung muss sich auf Bundesebene für Fortschritte bei folgenden Themen einsetzen und entsprechende Bundesratsinitiativen starten:

- Marktwirtschaftliche Prinzipien müssen auch bei der so genannten Energiewende endlich Geltung erlangen. Für Neuanlagen der Erneuerbaren Energien sollte die EEG-Förderung eingestellt werden. Die Stromgestehungskosten von Photovoltaik- und Windkraftanlagen sinken kontinuierlich und sind innerhalb des Strommixes immer öfter wettbewerbsfähig. Zudem greifen ab 2021 die Maßnahmen im Europäischen Emissionshandel, was die konventionellen Energieträger weiter verteuern wird.
- Die Umsatzsteuerbelastung für Strom ist von 19 auf 7 Prozent zu reduzieren. Neben Lebensmitteln gehört die Stromversorgung zweifelsohne zu den Grundbedürfnissen eines jeden Bürgers und sollte daher umsatzsteuerlich auch gleich behandelt werden. Weiterhin ist die Stromsteuer

abzuschaffen. Ihre Verwendung als Ökosteuer für die Finanzierung der Rentenkassen ist zweckfremd.

- Der Netzausbau kommt nicht voran. Gleichzeitig fehlen Speichertechnologien, um der Volatilität der Erneuerbaren Energien effektiv zu begegnen. Da diese Kapazitäten fehlen, steigen die Kosten für zusätzliche Netzeingriffsmaßnahmen. Diese Kosten sollten – gemäß dem Verursachungsprinzip – auf die Betreiber der Erneuerbare-Energien-Anlagen umgelegt werden.

Bei steigendem Ausbau der Erneuerbaren Energien und fehlenden Speicher- und Netzkapazitäten braucht es weiterhin eine kostengünstige Regelleistung, um die Wettbewerbsfähigkeit des Wirtschaftsstandorts Deutschland aufrechtzuerhalten. Diese Rolle füllt die Braunkohle als Brückentechnologie zuverlässig aus und ist in dieser Funktion auch in den kommenden Jahrzehnten unverzichtbar.

VSW-Positionen:

- Klimapolitik global angehen – sächsische Umwelttechnik zum Bestandteil deutscher Entwicklungshilfe machen
- EEG-Förderung für Neuanlagen einstellen, Reduzierung der Umsatzsteuer für Strom von 19 auf 7 Prozent, Stromsteuer abschaffen
- Braunkohle als Brückentechnologie nutzen

Technologieförderung

Kooperation mit regionalem Mittelstand verbindlich festlegen

Wir können nur erfolgreich sein, wenn wir mit den besten Produkten und effizientesten Prozessen auf dem Markt sind und nicht, wenn wir allein über den Preis im Wettbewerb sind. Dabei stehen unsere Unternehmen zukünftig vor neuen, tiefgreifenden Herausforderungen, sowohl durch das Auftreten neuer Wettbewerber in angestammten Bereichen, als auch durch technologische Umwälzungen bedingt. Erfolge der Vergangenheit zählen dann nicht mehr, sondern müssen mit neuen Produkten und Technologien permanent neu erarbeitet und ausgebaut werden. Insbesondere mittelständische Unternehmen sind gefordert, nicht auf das Niveau einer verlängerten Werkbank zurückzufallen, wenn langjährig erarbeitetes Knowhow entwertet wird oder ganze Produktgruppen obsolet werden.

Dabei können wir in Sachsen auf einer potentialträchtigen öffentlichen Forschungs- und Hochschul-landschaft aufbauen. Damit aber Innovationen und Arbeitsplätze vor Ort entstehen, müssen Forschungsergebnisse und Knowhow transferiert werden, beispielsweise indem die Institute über Kooperationen mit mittelständischen Unternehmen dazu beitragen, neue innovative Produkte und Dienstleistungen zu entwickeln und Prozesse weiter zu verbessern.

Wir plädieren auf Landesebene dafür:

- Die exzellente öffentlich finanzierte sächsische Forschungslandschaft ist über gezielte Anreize stärker mit dem regionalen Mittelstand zusammenzubringen. Die Förderung öffentlicher Forschungsinstitute hat hierfür konkrete Kooperationen mit Unternehmen in Sachsen zu berücksichtigen und eine überdurchschnittliche Zusammenarbeit zu honorieren.
- Die Technologieförderung ist branchen- und technologieoffen fortzusetzen. Die erfolgreichen Innovationsprogramme des Freistaates Sachsen für kleine und mittlere Unternehmen (Inno-Expert) einschließlich der Digitalisierungsförderung (E-Business/ Informationssicherheit) müssen finanziell gesichert werden. Prioritär sind Mittelumschichtungen aus anderen EU-finanzierten Programmen vorzunehmen.
- Die Zusammenarbeit zwischen mittelständischen Unternehmen und Forschungsinstituten ist auch bei größeren Technologietransfermaßnahmen zu unterstützen. Dafür ist die erfolgreiche Innovationsprämie des Freistaates über eine Verdoppelung der maximalen Zuschusshöhe und eine zusätzliche Pauschale von 10 Prozent der Fremdkosten für notwendige Eigenleistungen in den Unternehmen weiter auszubauen.
- Im Rahmen der bestehenden Projektförderung sind eine „Fast Track to Innovation-Schiene“ mit einer deutlich verkürzten Antrags- und Genehmigungsphase sowie vereinfachten Dokumentations- und Nachweispflichten für kleinere und mittlere Entwicklungsvorhaben einzuführen.

Auf der Bundesebene erwarten wir, dass sich die Staatsregierung für eine mittelstandsorientierte steuerliche Forschungsförderung einsetzt, die die bestehende Projektförderung ergänzt.

Deutschland hinkt hier als eines der ganz wenigen Länder ohne steuerliche Forschungsförderung massiv hinterher. Die entsprechenden Festlegungen im Koalitionsvertrag sind zeitnah umzusetzen.

VSW-Positionen:

- Förderung öffentlicher Forschungsinstitute an regionale Firmenkooperationen koppeln
- Technologieförderung technologie- und branchenoffen fortsetzen
- Mittelstandsorientierte steuerliche Forschungsförderung auf Bundesebene einführen

Arbeitsmarkt

Überregulierung zurückdrängen, Arbeitszeit flexibilisieren, Fachkräftepotentiale heben

Wir wollen, dass die gute Entwicklung am Arbeitsmarkt anhält. Das geht nur mit wettbewerbsfähigen Rahmenbedingungen. Gerade mit Blick auf neue Konkurrenten aus Asien und anderen Schwellenländern gilt: Wir können nur so viel teurer sein, wie wir besser als unsere Wettbewerber sind.

Die deutschen Beschäftigungsstandards sind bereits jetzt vorbildlich. Unsere Unternehmen bekennen sich hierzu und tragen den damit einhergehenden Aufwand, Arbeit zu organisieren. Umso schädlicher ist es jedoch, wenn neue praxisuntaugliche Regelungen unsere Unternehmen überfordern:

- Der sorgsame Umgang mit Daten und einheitliche Datenschutzstandards sind wichtig. Bei der Umsetzung der EU-Datenschutzgrundverordnung schoss man aber deutlich über das Ziel hinaus. Ergebnis ist ein Beispiel für eine Regulierung die einzelne Großkonzerne, deren Geschäftsmodell die Verarbeitung personenbezogener Daten ist, zum Maßstab nimmt und für diese angemessen sein mag. Der Großteil unserer Unternehmen, die klein- und mittel-ständische Firmen sind, ist aber angesichts der zahlreichen Transparenz-, Nachweis-, Melde- und Informationspflichten ganz klar überfordert. Es mangelt an Rechtssicherheit und fehlt an einer praktikablen und auch für Kleinbetriebe händelbaren Umsetzung.
- Das gleiche gilt für die neue EU-Entsenderichtlinie. Lohn- und Sozialdumping einen Riegel vorzuschieben, ist richtig. Aber auch hier entstand bürokratischer Irrsinn. Anders kann man es nicht bezeichnen, wenn Unternehmen bei eintägigen Dienstreisen gezwungen werden sollten, ab dem ersten Einsatztag umfassende Einkommensvergleiche mit dem Tarif- und Entlohnungssystem des Ziellandes durchzuführen und Nachweise in der jeweiligen Landessprache mitzugeben. Die Richtlinie ist dringend nachzubessern. Außerdem muss ein europaweiter Flickenteppich aus unterschiedlichen nationalstaatlichen Umsetzungen verhindert werden. Angesichts des Brexit und einer weit um sich greifender EU-Skepsis wird die Europäische Union immer häufiger grundsätzlich infrage gestellt, umso gefährlicher ist jedes weitere Sinnbild für absurde EU-Bürokratie. Wir brauchen ein einheitliches und starkes Europa, das sich der wirklich wichtigen Aufgaben annimmt und diese löst.
- Die im Grundgesetz festgeschriebene Tarifautonomie sieht sowohl eine positive als auch eine negative Koalitionsfreiheit vor, d. h. auch der Verzicht auf tarifvertragliche Regelungen ist entsprechend geschützt. Vor diesem Hintergrund muss der Freistaat seine Eingriffe und die Diskriminierung tariffreier Unternehmen und ihrer Mitarbeiter durch sog. Tarifboni umgehend beenden.

Nicht nur bürokratische Überregulierungen bremsen das Wachstum unserer Wirtschaft. In verschiedenen Branchen und Regionen fehlen zudem zunehmend Fachkräfte:

- Zuerst fällt der Blick auf Sachsen selbst: Langzeitarbeitslose und Jugendliche ohne Ausbildung müssen gezielt gefördert und so fit für den Arbeitsmarkt gemacht werden. Die Integration in den ersten Arbeitsmarkt muss hierbei absolute Priorität genießen. Solange dort Fachkräfte fehlen, wirkt ein zweiter Arbeitsmarkt kontraproduktiv. Stattdessen sollten Teilqualifizierungen weiter gefördert und flächendeckend zum Einsatz gebracht werden.
- Wir brauchen auf Bundesebene eine flexiblere gesetzliche Arbeitszeitregelung. Weitere Gesetze und Regulierungen, die das Arbeitsvolumen reduzieren, müssen unterlassen werden. Denn diese begünstigen wenige, führen aber zu Mehrbelastungen der verbleibenden Beschäftigten. Das ist ungerecht und gefährdet Fairness und Gemeinsinn in der Belegschaft.
- Um wachsenden Fachkräftengaps entgegenzuwirken, ist eine arbeitsmarktorientierte und gesteuerte Zuwanderung von Fachkräften notwendig. Dabei ist auf die klare Trennung zwischen Zuwanderung, Asyl und humanitärer Hilfe zu achten, damit das Gesetz in der Bevölkerung die notwendige Akzeptanz findet.

VSW-Positionen:

- EU-Datenschutzgrundverordnung und EU-Entsenderichtlinie praxistauglich ausgestalten
- Staatliche Eingriffe und Diskriminierung tariffreier Unternehmen und ihrer Mitarbeiter beenden
- Flexiblere gesetzliche Arbeitszeitregelungen – keine neuen „Teil- und Freizeitanprüche“, die Wenige zu Lasten der verbleibenden Beschäftigten einfordern
- Transparenten Rahmen für eine arbeitsmarktorientierte, gesteuerte Zuwanderung schaffen, aber klar trennen zwischen Zuwanderung von qualifizierten Fachkräften und Migration durch Asyl und Flucht

Modernes Sachsen

Solide und nachhaltige Finanzpolitik

Dem Freistaat steht für die nächsten beiden Jahre ein Rekordhaushalt zur Verfügung. Allerdings werden die Ausgaben nur zu rund 50 Prozent durch eigene Steuereinnahmen gedeckt. Die andere Hälfte kommt vor allem aus dem Länderfinanzausgleich sowie aus Zuschüssen des Bundes und der EU. Ohne diese externen Transfers könnte sich Sachsen nur halb so viele Ausgaben leisten. Das verpflichtet den Freistaat zu einer vernünftigen und soliden Ausgabenpolitik und zur Absicherung von Zukunftsinvestitionen. Für ein langfristiges und nachhaltiges Wachstum bedarf es wertschöpfungsorientierter Investitionen statt konsumtiver Ausgaben. Zudem ist der Schuldenabbau fortzusetzen, um trotz sinkender externer Zuweisungen künftige Haushaltsspielräume zu sichern.

Vor dem Hintergrund des noch immer bestehenden gesamtwirtschaftlichen Nachholbedarfs ist es gegenüber nachfolgenden Generationen ungerecht, dass die Personalkostenquote steigt, während sich gleichzeitig der Anteil der Investitionen am Haushaltsvolumen sukzessive reduziert. Im Jahr 2022 soll die Personalausgabenquote sogar doppelt so hoch sein wie die Investitionsquote.

Entgegen vieler Behauptungen leistet sich der Freistaat sehr wohl eine überdurchschnittliche Personaldecke im öffentlichen Dienst. Und trotzdem fehlt es offensichtlich an Polizisten und Lehrern. Die Aufstockung in diesen beiden Bereichen unterstützen auch wir, wenn sie beim Bürger ankommen und nicht in Verwaltungsebenen aufgebaut werden.

Jedoch kann es – auch im Angesicht dieser notwendigen Personalmaßnahmen – in den nächsten Jahren nicht darum gehen, die Verwaltung pauschal aufzustocken. Vielmehr muss sie modernisiert werden, um bürgernäher zu sein und effektiver die bestehenden Aufgaben zu bewältigen, zumal die Steuer- und Abgabenbelastung der Bürger immer größer wird und – nicht zuletzt – andere Bundesländer noch immer und auch noch in Zukunft einen Großteil des sächsischen Landeshaushaltes bezahlen.

VSW-Positionen:

- Effizienz der Verwaltungsstrukturen überprüfen – kein weiterer pauschaler Personalaufbau
- Stärkung der Investitionsquote, um wertschöpfungsorientierte Investitionen zu unterstützen
- Fortsetzung des Schuldenabbaus

Leistungsfähige, effiziente und digitale Verwaltung

Die Verwaltung muss modernisiert werden, um die bestehenden Aufgaben zu bewältigen. Wir brauchen dafür eine Aufgaben- und Strukturkritik, die zu einer besseren Prioritätensetzung in der öffentlichen Verwaltung führt. Die erhofften Ergebnisse der Kreisgebiets-, Verwaltungs- und Funktionalreform von 2008 sind bislang nicht zufriedenstellend erreicht.

Digitalisierung gehört als Querschnittsaufgabe, die alle Bereiche unseres Lebens berührt, in die zentrale Verantwortung der Staatskanzlei. Sachsen braucht durchgehend eine Verwaltung, die beim Einsatz neuer Technologien mit gutem Beispiel vorangeht, zum Beispiel durch die vollständige Umstellung der Verwaltungsleistungen auf digitale Angebote. E-Government- und Open-Data-Lösungen sind dabei zügig auf den Weg zu bringen. Über Öffentlich-Private-Partnerschaften können mit regionalen IT-Firmen neue Lösungen erarbeitet und bestehende Prozesse weiterentwickelt werden.

Der Freistaat darf im Rahmen von Förderverfahren nicht über die Vorgaben der EU und des Bundes hinaus noch weitere Anforderungen stellen, die die Abwicklung von Förderprogrammen unnötig verkomplizieren. Zudem können die Förderverfahren für Bürger, Kommunen und Unternehmen einfacher gestaltet werden, indem die Sächsische Aufbaubank beispielsweise ihr Stammdaten-Management verbessert sowie vollständig digitale und medienbruchfreie Anträge und Beleglisten mit Eingabehilfen anbietet.

Die Strukturen der sächsischen Landesämter und Behörden müssen auf die neuen Anforderungen und Aufgaben ausgerichtet werden. Verwaltungssynergien mit anderen umliegenden Bundesländern sind eingehend zu prüfen – beispielsweise können Denkmalschutzbehörden, Statistikämter, Förderbanken sowie Verkehrsämter enger zusammenarbeiten.

Die Landesdirektion muss auch weiterhin die Kommunen fachlich und organisatorisch unterstützen können, wenn Engpässe bestehen oder Spezialwissen auf kommunaler Ebene gefordert ist sowie verlässlicher Ansprechpartner für die Wirtschaft sein.

VSW-Positionen:

- Digitalisierung als Querschnittsaufgabe zur Chefsache in der Staatskanzlei machen
- Förderprogramme verschlanken und Förderverfahren modernisieren
- Landesämter und Behörden strukturell an neuen Anforderungen ausrichten und Synergien mit umliegenden Bundesländern nutzen

Innere Sicherheit und starker Staat

Der Staat muss sein Gewaltmonopol – gegenüber Jedermann – durchsetzen und unmissverständlich für Recht und Ordnung sorgen. Wir brauchen einen Staat, der Bürger und Unternehmen schützt und keine rechtsfreien Räume zulässt. Er muss konsequent und in aller Deutlichkeit gegen jede Form von Rechtsverstößen und jedwede rassistische und extremistische Aktivitäten vorgehen.

Während in der Vergangenheit in anderen Bereichen staatliche Verwaltung sogar deutlich ausgebaut wurde, ist offensichtlich nicht genug investiert worden, um die hohe Kriminalitätsbelastung in Sachsen wirksam zu bekämpfen. Sachsens Polizei war mit einer unerwartet hohen Kriminalität konfrontiert, auch bedingt durch den Wegfall der Grenzkontrollen zu den osteuropäischen Nachbarländern. Zudem schlägt sich die weitgehend fehlgesteuerte Migration der letzten Jahre in einem hohen Anteil tatverdächtiger Straftäter aus Asylherkunftsländern nieder.

Wir fordern von der Staatsregierung, die Gewährleistung der Inneren Sicherheit und die Bekämpfung von Kriminalität als absolute Kernaufgabe des Staates zu begreifen. Hier bedarf es klarer Prioritätensetzungen, um eine angemessene personelle und materielle Ausstattung der Behörden sicherzustellen. Dies gilt nicht nur im Bereich der Inneren Sicherheit.

Personalengpässe bei den Gerichten schaden durch eine lange Verfahrensdauer sowohl Bürgern als auch Unternehmen. Einer Tat muss die Strafe auf „dem Fuße“ folgen und auch entsprechend durchgesetzt werden.

VSW-Positionen:

- Gewaltmonopol des Staates durchsetzen
- Bessere personelle, finanzielle und technische Ausstattung der Sicherheitsbehörden und der Justiz
- Schnelle Ahndung von Straftaten und konsequente Durchsetzung der Strafmaßnahmen

Herausgeber:

Vereinigung der Sächsischen Wirtschaft e. V.
Bautzner Straße 17, 01099 Dresden
Tel. 0351 25593-0, Fax 0351 25593-78
vsw@hsw-mail.de